



Grosser Rat | Gesetz über Sammelunterkünfte für Personen aus dem Asylbereich

«Ein veritabler Slalom»



Dernière. Grossratspräsident Grégoire Dussex leitete gestern letztmals die Debatten. Er hat das Parlament diszipliniert, war ein guter Ratspräsident. Heute übergibt er an Nicolas Voide.

FOTO WB

SITTEN | Ja zur Notfallklausel und ein Anhörungsrecht für die Gemeinden: Richtig zufrieden ist mit dem Gesetz über die Sammelunterkünfte niemand.

Das Recht auf Anhörung der Gemeinde vor dem Entscheid wird ins Gesetz aufgenommen. Laut Stéphanie Favre (FDP/Liberale) geht es nicht darum, eine Eröffnung zu verhindern, sondern um eine für alle mögliche Lö-

sung zu finden. Das ist ein indirektes Vetorecht für die Gemeinden. Das Departement muss in Zukunft auch eine Planung der Asylunterkünfte vorlegen. Für Staatsrätin Waeber-Kalbermaten ist das kaum umsetzbar: «Dann muss jede Gemeinde dafür sorgen, dass sie Wohnungen zur Verfügung stellen kann. Im Asylwesen kann man nicht planen, weil wir den Strom der Asylsuchenden nicht beeinflussen können.» Zudem würden dadurch auch die Kosten stei-

gen. Das Departement muss auch die angrenzenden Gemeinden, die von der Eröffnung im besonderen Masse betroffen sind, informieren.

«Machen uns lächerlich»

Strittiger Punkt bleibt die Notfallklausel, die in der ersten Lesung von einer klaren Mehrheit des Parlaments gestrichen wurde. Für die SVP-Fraktionen erfüllt nur ein Gesetz ohne Notfallklausel die Vorgaben der Volksinitiative. Franz Ruppen



(SVPO) fordert die Rückkehr zum Entscheid der ersten Lesung. Die Ankündigung erfolgt nach Abschluss des Kauf- oder Mietvertrags, mindestens aber drei Monate vor der geplanten Eröffnung der Unterkunft. Er will keine schwammigen Begriffe mit zu viel Interpretationsspielraum: «Wenn sie wieder eingeführt wird, macht sich das Parlament lächerlich.»

Für die C-Fraktionen ist die Notfallklausel zwingend. Das Konzept der Unvorhersehbarkeit ist von der Mehrheit des Parlaments nicht bestritten. Umso mehr als nun ein Anhörungsrecht für die Gemeinden vor dem Eröffnungsentscheid besteht. Für Kommissionspräsident Pascal Dubosson (CVPU) kann man die Notfälle nicht einfach beiseitelassen. Das würde zusätzliche Kosten verursachen. Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten erinnert an die gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden: «Alles, was wir bisher machten, hat sich bewährt. In Chamoson war nur ein Viertel der Bevölkerung grundsätzlich gegen die Aufnahme von Asylsuchenden. Mit der Notfallklausel wird das Gesetz nicht ausgehebelt.» In der Abstimmung unterliegen die Vorschläge der SVP-Fraktionen klar. Die Mietpreise der Kollektivunterkünfte werden auch in Zukunft nicht veröffentlicht. Und ein Einspracherecht für Gemeinden gegen den Entscheid ist chancenlos.

«Vernünftiges Gesetz»

«Wir fühlen uns über den Tisch gezogen und betrogen. Es ist ein Schönwettergesetz», resümiert Grégory Logean (SVPU). Für Franz Ruppen (SVPO) hat das Parlament einen «veritablen Slalom» hingelegt: «Das Ziel der Volksinitiative ist es, dass die Gemeinden nicht weiter vor vollendete Tatsachen gestellt werden.» Für die SVP-Fraktionen ist die Volksinitiative nicht verwirklicht. Man wird eine Volksabstimmung fordern. Für Jonathan Darbellay (Linksallianz) ist es ein «vernünftiges Gesetz». Stéphanie Favre (FDP/Liberale) ist sehr zufrieden. Auch seitens der CVP-Fraktionen ist man zufrieden. «Mit den Korrekturen können wir leben», fasst Philipp Matthias Bregy (CVPO) zusammen. Für Marylène Volpi Fournier (Grüne) hat man doch die «Menschlichkeit bewahrt».

Klares Ja des Parlaments

Esther Waeber-Kalbermatten erklärt, dass man den Text der Initiative in ein Gesetz verpackt habe: «Wenn das also ein Schönwettergesetz ist, dann hat die SVP eine Schönwetterinitiative lanciert. Es ist natürlich ein spezielles Gesetz für einen Bereich, der sehr stark vom Bund geregelt ist. Es war der Wunsch vieler, ein solches Gesetz zu machen.»

Mit 104 Ja gegen 21 Nein und einer Enthaltung wird das Gesetz über die Sammelunterkunft für Personen aus dem Asylbereich letztlich klar angenommen.

hbi